

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Pfründer, sehr geehrter Herr Schuh,
sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Römer,

es ist eine vergleichsweise leichte Aufgabe, einen nicht auskömmlichen Kommunalhaushalt vor dem Hintergrund politisch stabiler Mehrheitsverhältnisse, verlässlicher Rahmenbedingungen und einer positiven Wachstumsprognose zu kommentieren.

Weitaus schwieriger wird dies bei einem defizitären Kommunalhaushalt vor dem realen Szenario eines bisher völlig offenen Wahlausgangs bei der am 23. Februar 2025 stattfindenden Bundestagswahl und der damit verbundenen Frage der Regierungszusammensetzung, einer stetig nach unten korrigierten Wachstumsprognose auf mittlerweile nurmehr 0,3 % mit beschleunigtem Rückgang von Wirtschaftskraft und Produktion. Das 3. Jahr Rezession in Folge wirkt sich auch auf die Kommunalhaushalte aus. Internationale Konflikte und Störungen der bisher praktizierten Welthandels-Ordnung spielen dabei bereits eine erhebliche Rolle und werden es in absehbarer Zeit auch noch mehr tun.

Nach den Berechnungen des statistischen Bundesamtes beträgt das Defizit der Kommunen bundesweit Ende 2024 € 20 Millionen. Die meisten Kommunen können in Folge keine auskömmlichen Haushalte mehr vorlegen.

Gestiegene Personalkosten, höhere Sozialausgaben, steigende Betriebskosten und Zinsbelastungen sowie steigende Umlagen bei gleichzeitig wegbrechenden Steuereinnahmen charakterisieren daher nicht nur unseren Haushalt in Lauffen, sondern treffen auf mittlerweile 87% aller Kommunalhaushalte zu.

Der von der Stadtkämmerei erarbeitete Haushaltsentwurf 2025 mit einem Haushaltsdefizit von über 1 Mio Euro und nicht zu erwirtschaftenden Abschreibungen macht uns den dringenden Handlungsbedarf deutlich, den wir mit folgenden Punkten markieren möchten:

Der seit Jahren geäußerten Forderung an Bund und Land, zukünftig die auf die Kommunen übertragenen Aufgaben mit entsprechenden auskömmlichen Kostenerstattungen zu verbinden, müssen endlich Taten folgen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Kommunen 25% der Leistungen der öffentlichen Haushalte erbringen, aber nur Steuermittel in Höhe von 14% erhalten.

Die Konsolidierung unseres städtischen Haushaltes ist unsere Hauptaufgabe und wird es in den Folgejahren sein. Wir werden den deutlichen Willen zu Ausgabeneinschränkungen zeigen müssen und uns auch schwierigen Entscheidungen darüber, welche Einsparpotentiale wir ausschöpfen müssen, nicht entziehen. Insbesondere werden wir alle freiwilligen kommunalen Leistungen kritisch überprüfen müssen, die über die uns gesetzlich zugewiesenen Aufgaben hinausreichen.

Mit 14,276 Mio Euro beträgt der Personalkostenaufwand mittlerweile knapp 39 % der Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes. In diesem Bereich müssen Kosten durch sozialverträgliche Anpassungen reduziert und Einsparpotentiale durch strukturelle Veränderungen geprüft werden.

Serviceangebote an unsere Bürgerinnen und Bürger müssen überprüft und gegebenenfalls eingeschränkt werden. Letzteres kann von eingeschränkten Öffnungszeiten des Bürgerbüros, über die Reduzierung von Bauhofleistungen - hier sei auf die Verwaltungsvorlage verwiesen, mit der über die Schließung wenig frequentierter oder veralteter Kinderspielplätze im Stadtgebiet entschieden wird - über veränderte Öffnungszeiten im Freibad bis zur kritischen Überprüfung der weiteren vielfältigen freiwilligen Freizeitangebote unserer Stadt reichen.

Eine Einsparung von personellen Ressourcen kann und muss unserer Auffassung nach auch durch verstärkte digitale Angebote der Stadtverwaltung gelingen und eine Vereinfachung von Antragsverfahren durch digital abrufbare Anträge und Formulare ohne aufwendigen Schriftverkehr der Stadtverwaltung.

Bürokratieabbau ist in diesem Zusammenhang die von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, Handel, Landwirtschaft und Handwerk am häufigsten genannte Forderung, um Ressourcen der Betriebe zu schonen und Abläufe zu beschleunigen. Auch wir Freien Wähler wünschen uns schlankere schnelle Genehmigungsverfahren und den Abbau jeglicher nicht wertstiftender Dokumentationspflichten und bürokratischer Prozesse auf allen Ebenen.

Uns ist klar, dass die Entbürokratisierung und Digitalisierung zunächst einen herausfordernden Mehraufwand darstellen wird, der neben den laufenden kommunalen Aufgaben "on top" erst einmal zu leisten ist. Abgesehen von den bürokratischen Hürden, die auf gesetzlichen Vorgaben zurückgehen, an die unsere Kommune bisher gebunden ist. Gleichwohl appellieren wir an die Stadtverwaltung, diese Themen im Zusammenwirken mit Städte- und Gemeindetag mit Nachdruck voranzutreiben.

Weitere Einsparpotentiale sehen die Freien Wähler im Investitionsbereich.

Wir werden unsere Investitionen aufgrund der Haushaltslage im Jahr 2025 und in den Folgejahren auf ein Minimum beschränken müssen. Den Erhalt unserer Infrastruktur, wie etwa die weitere Umrüstung der Kläranlage, werden wir selbstverständlich fortführen und auch beschlossene Projekte wie den Neubau der Rathausbrücke, aber auch Ersatzbeschaffungen für die Feuerwehr oder der Bau des für die verlässliche Ganztagesbetreuung erforderliche Hort werden wir realisieren.

Allerdings wünschen wir uns von der Stadtverwaltung, zukünftig bei jeglicher neuen Projektierung noch deutlicher als bisher, auf unsere angespannte Haushaltslage als limitierende Größe vor Beginn der Planung eines Projektes - sei es die Planung eines Gebäudes, die Ausführung von Beleuchtung oder die Gestaltung von Außenanlagen - hinzuweisen und Budget-Grenzen zu formulieren.

Einsparpotentiale zu realisieren ist die eine Seite der Haushaltskonsolidierung. Die regelmäßige Anpassung von Gebühren und die Generierung kommunaler Steuereinnahmen die andere.

Und so wünschen wir Freien Wähler uns die zügige weitere Erschließung des Gewerbegebietes Burgfeld II und die damit einhergehende Ansiedlung von Gewerbebetrieben mit Arbeitsplatzpotential.

Grundsätzlich stehen die Freien Wähler auch der Erschließung eines neuen Wohnbaugebietes Obere Seugen II, 2. Bauabschnitt positiv gegenüber, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Erschließung unter Einberechnung der notwendigen Folgeeinrichtungen für die Stadt Lauffen einen Mehrwert darstellt.

Abschließend möchten wir Freien Wähler nachfolgende Punkte für die nachhaltige und qualitätvolle Entwicklung unserer Stadt besonders hervorheben:

Haushaltskonsolidierung darf Klimaschutz nicht in den Hintergrund treten lassen. Solarstromversorgung und/oder Solarthermie für eigene städtische Einrichtungen und Gebäude sollte - wo technisch machbar - Standard sein, kühlende Stadtbegrünung statt versiegelter Quarkerplätze oder vorausschauendes Wassermanagement bei Neubaugebieten müssen in der Planung ebenso berücksichtigt werden wie effiziente Nahwärmeverbände. Über die Bürgerenergiegenossenschaft sollten gerade in Zeiten knapper Kassen mehr Projekte finanziert werden, für die öffentliche Mittel derzeit nicht ausreichen: Wenn also eine Finanzierung des Projektes "Solarstromversorgung Freibad" nicht aus Haushaltsmitteln finanziert werden kann, ist die Übernahme des Projektes durch die Bürgerenergie zu prüfen.

Trotz der dringend erforderlichen Überprüfung der Personalkosten in der Kinderbetreuung bleibt es unser Ziel, in unseren Betreuungseinrichtungen wie bisher qualitätvolle pädagogische Betreuung anzubieten, die den Bedürfnissen der Kinder entspricht und ihre Entwicklung bestmöglich fördert. Die uns anvertrauten Kinder sollen möglichst früh gemeinsam Sozial- und Sprachkompetenz erwerben und in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Spielen und Lernen aufgehoben sein. Wir meinen, dass der in Lauffen eingeschlagene Weg, nämlich die Hinzuziehung pädagogisch geeigneter Kräfte für die Nachmittagsbetreuung der Kinder über den Erprobungsparagrafen ein richtiger Ansatz ist.

Unsere Verwaltung hat mit dem vorgelegten Haushalt deutlich gemacht, dass sich das gemeinsame Handeln von Gemeinderat und Verwaltung in Richtung Aufgabenkritik und Ausgabenbeschränkung bewegen muss. Danken möchten wir daher Frau Bürgermeisterin Pfründer und allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern dafür, dass die Stadtverwaltung selbst eine Liste von Einsparungen vorlegen wird und auch bereits Vorlagen zu möglichen Einsparungen zur Abstimmung einbringt.

Im Verlauf unserer Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung werden uns sicherlich auch unpopuläre, schwierige Entscheidungen abverlangt werden. Die Freien Wähler werden diese Entscheidungen mittragen und wie bisher verantwortungsbewusst mit Stadtverwaltung, Gemeinderat und allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten, um die Leistungsfähigkeit und Attraktivität unserer Stadt zu sichern.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin Pfründer, für Ihre kompetente, offene und zielstrebige Arbeit, bei Ihnen Herr Schuh für Ihre umsichtige und vorausschauende

Finanzplanung und bei allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern für ihr Engagement und die Identifizierung mit Ihrer/unserer Stadt. Bitte geben Sie unseren Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter.

Den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates danken wir für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Die Fraktion der Freien Wähler wird der Haushaltsplanung 2025 und der mittelfristigen Finanzplanung zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dagmar Zoller-Lang
Vors. der Fraktion der Freien Wähler

12.02.2025